

und prägnant zu umreißen, womit sie sich beschäftigt. Es geht also um die Bearbeitung von Problemlagen, und was als Problemlage relevant ist, definieren sowohl die in der Sozialen Arbeit professionell Tätigen, als auch andere Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschaft. Das lässt noch immer viel Spielraum für Interpretationen, daher sollen im Folgenden, die aktuellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die daraus erwachsenden Anforderungen an die Soziale Arbeit näher beleuchtet werden.

#### 4. Herausforderungen an Gesellschaft und Soziale Arbeit im Wandel der Zeit

In einer Welt, in der die Ressourcen Zeit und Geld knapper werden und die Komplexität zunimmt, verändern sich auch die Anforderungen an die Soziale Arbeit. Ihr Gebiet hat sich verbreitert, ihre Aufgabenstellung ist differenzierter geworden und ihr Selbstverständnis ist nicht mehr deutlich zu fassen. Für *Hansen* (1999, S. 15) ist die moderne Gesellschaft des 21. Jahrhunderts durch „Enttraditionalisierung, Deregulierung und Individualisierung“ gekennzeichnet. Er führt aus, dass die globalisierten Ausmaße sowie die beschleunigte Neuerungs dynamik dieser Gesellschaft „den Menschen eine enorme soziale, psychische und intellektuelle Flexibilität abverlangen ... (und) ... die Profis der Sozialen Arbeit zunehmend die Rolle von sozialen Risikoexperten einnehmen werden“.

*Thiersch* (1996) erklärte bereits vor mehreren Jahren, dass durch die sich weiter verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse, wie die zunehmende Vergesellschaftung unserer Lebensstrukturen einerseits und der sich intensivierende Trend zur Individualisierung der Lebensführung und der Pluralisierung der Lebenslagen andererseits, zwar neue Chancen und Möglichkeiten entstehen und vorhanden sind, die Nutzung jedoch ein hohes Maß an Orientierungsvermögen voraussetzt und dies gleichermaßen Belastungen mit sich bringt. Gemeint sind die Entstehung einer zunehmenden Orientierungslosigkeit, der Verlust von Sinnhaftigkeit und die Zunahme von sozialen Risiken. Die Aufgaben der Lebensbewältigung erwiesen sich zunehmend als anspruchsvoller und schwieriger, wodurch sich auch das Aufgabenrepertoire der Sozialen Arbeit erweitert habe. „... zu den alten sozialen Aufgaben im Kontext von Armut, Verelendung und Ausgrenzung... sowie Erziehung und Bildung in belastenden Verhältnissen kommen nun generelle Angebote der Unterstützung und Beratung in den normalen Schwierigkeiten der Lebensgestaltung und Lebensbewältigung ...“, führt *Thiersch* (*ebd.*, S. 10) weiter aus. Er spricht von Menschen als „Modernisierungsverlierern“, die langfristig ausge-

Da sage noch mal einer, die politischen Stiftungen seien bloße Anhängsel der ihnen jeweils nahe stehenden Parteien. Die von einer Studie der sozialdemokratisch geprägten Friedrich-Ebert-Stiftung ausgelöste „Unterschicht-Debatte“ brachte die SPD in einen so heftigen innerparteilichen Disput, wie ihn auch der politische Gegner nicht besser hätte provozieren können. Aber die Diskussion blieb – aus gutem Grund – nicht auf die SPD beschränkt, sondern erfasste Politiker und Politikerinnen aller Couleur und auch die Medien: Darf man überhaupt, wie der SPD-Vorsitzende *Kurt Beck*, von „Unterschicht“ reden? Ist nicht der in der Studie verwendete Begriff „abgehängtes Prekariat“ soziologisch präziser? Und was – wenn man sich denn auf die richtige Wortwahl geeinigt hat – sollen wir gegen die von der Untersuchung aufgezeigte Tatsache tun, dass die Lebensumstände von acht Prozent der deutschen Bevölkerung von „sozialem Ausschluss und Abstiegserfahrungen“ geprägt sind?

An der aufbrausenden und nach acht bis zehn Tagen abgeebbten Diskussion verstört im Nachhinein so einiges. Zum einen: Warum wird der Begriff „Unterschicht“ schlechterdings zum Unwort erklärt? Wir sprechen doch auch selbstverständlich von Oberschicht und Mittelschicht. Die Betroffenen selbst jedenfalls, in zahlreichen Interviews befragt, regen sich fast ausnahmslos gar nicht über das Wort auf, sie kennen die Realität. Die ist es, über die sie sich aufregen, wenn überhaupt noch, denn zu vielen erscheint ein „Schichtwechsel“ kaum noch möglich oder gar nicht erstrebenswert. Zum anderen: Warum wurde kaum darüber debattiert, dass die Menschen des „Prekariats“ nur zu vier Prozent in den alten, aber zu 25 Prozent (!) in den neuen Bundesländern zu finden sind? Und schließlich: Die Studie wird erst im Dezember in vollem Umfang veröffentlicht. Diskutiert wurde jetzt nur ein kurz gefasster Vorbericht. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, *Hans-Jürgen Papier*, hat dieser Tage der Politik, den Medien und den Lobbygruppen eine Kritik ins Stammbuch geschrieben: Sie würden viel zu kurzatmig immer neue Themen in die Schlagzeilen hieven, ohne sich gründlich und ernsthaft mit den damit verbundenen Herausforderungen zu befassen. Sic!

Burkhard Wilke/wilke@dzi.de